

Sitzung des Beirats Mitte

vom 26.01.2015

- a) Einrichtung eines Übergangwohnheims am Herdentorsteinweg**
- b) Bürgerantrag zu den Mobil-Punktchen Charlottenstraße und Kohlhöckerstraße**

Protokoll

Anwesend

vom Beirat Mitte:

Michael Rüppel
Wolfgang Weiß
Barbara Schwarz
Jürgen Schierholz
Holger Ilgner
Birgit Olbrich
Viola Mull
Dirk Paulmann
Siegfried Wegner-Kärsten

vom Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt:

Andrea Freudenberg – StV Ortsamtsleitung
Manuela Jagemann – Protokoll

Gäste:

Herr Frehe
(Staatsrat Soziales)
Frau Kodré, AfSD
Herr Glotz-Richter
(SUBV)
Frau Karbaumer
(SUBV)
Frau Twachtmann
(Senator für Inneres)

Sitzungsdauer **Beginn:** 19:00 Uhr **Ende:** 21:30 Uhr

Tagesordnung

- TOP 1** **Übergangwohnheim Herdentorsteinweg**
- TOP 2** **Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**
- TOP 3** **Bürgerantrag zu Mobilpunktchen Charlotten- & Kohlhöckerstraße**

Frau Freudenberg begrüßt die erschienenen AnwohnerInnen und Beiratsmitglieder und stellt die Gäste des Abends vor. Sie skizziert kurz den Ablauf des Abends. Der erste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Einrichtung eines Übergangwohnheimes (ÜWH) für Flüchtlinge am Herdentorsteinweg. Staatsrat Frehe wird die Flüchtlingsproblematik darstellen und Fragen dazu beantworten. Danach stellt Frau Kodré vom Amt für Soziale Dienste die Pläne für das geplante Übergangwohnheim vor. Dann gibt es die Gelegenheit für die BürgerInnen Fragen, Wünsche und Anregungen zu äußern und eine kurze Pause. Der dritte Tagesordnungspunkt befasst sich mit einem Bürgerantrag zu zwei geplanten Mobilpunktchen in der Charlotten- und der Kohlhöckerstraße.

TOP 1 Herr Frehe berichtet über die Flüchtlingssituation. Bremen hat eine Aufnahmepflicht in nach dem so genannten „Königsteiner Schlüssel“ (berechnet nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl) vom 0,96 % aller in die Bundesrepublik einreisenden Flüchtlinge. Die Verteilung

innerhalb des Bundeslandes sieht 20 % der Flüchtlinge für Bremerhaven und 80 % für die Stadtgemeinde Bremen vor. Insgesamt haben sich die Zahlen zum Vorjahr verdoppelt. Das Asylverfahrensgesetz schreibt vor, dass die Flüchtlinge 3 Monate in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden und danach die Vermittlung in den Wohnungsmarkt erfolgen soll. Bremen hat dabei bislang eine gute Quote. Im Jahr 2014 wurden in Bremen insgesamt rd. 1000 neue Plätze in Übergangwohnheimen geschaffen, die nach Möglichkeit auf alle Stadtteile verteilt werden sollen. Für die einzelnen Standorte ist jeweils ein Beiratsbeschluss einzuholen. Heute wird es um ein Hostel am Herdentorsteinweg gehen, das mit einigen baulichen Veränderungen in ein Übergangwohnheim mit 90 Plätzen umgebaut werden soll.

Frau Kodré erläutert die Einzelheiten. Das Hostel ist frisch renoviert und wird derzeit schon teilweise zur Flüchtlingsunterbringung genutzt. Die Umgestaltung sieht den Einbau von Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftsräumen sowie Nassräumen vor. Für die Betreuung sind 2.5 Stellen / 100 Plätze vorgesehen. Das ÜWH wird eher für alleinstehende Erwachsene genutzt werden, nur in geringem Maße für Familien. Im Falle von Familienunterbringung ist eine Kinderbetreuung geplant. Es werden Sprachkurse angeboten. Nach dem Beiratsbeschluss geht die Planung in die Deputation. Danach wird der Mietvertrag abgeschlossen und es erfolgt der Umbau. Ab Juni soll das ÜWH genutzt werden.

Es gibt Nachfragen aus dem Beirat und der Bevölkerung:

- ... nach dem Grund für gemeinsame Sanitärräume?
AW: Einzelsanitärräume sind zu teuer und erfordern längere Umbauzeiten
- ... ob in dem Betreuungsschlüssel pädagogisches Fachpersonal enthalten ist?
AW: Ja
- ... nach Gemeinschaftsräumen und Freiflächen zum Aufenthalt?
AW: Die in unmittelbarer Nähe liegenden Wallanlagen können als Freiflächen genutzt werden, Gemeinschaftsräume sind eingeplant, aber es gibt noch keine Detailpläne
- ... nach dem Mietvertrag: Gilt er für die Belegung oder für das Gebäude?
AW: Er gilt für das gesamte Gebäude und ist für 10 Jahre abgeschlossen worden
- ... nach Sprachkursen: Wo werden diese abgehalten?
AW: Als Ort für die Sprachkurse ist die naheliegende Volkshochschule angedacht
- ... wer die ambulante Betreuung durch führt?
AW: Personen mit Sprachkenntnissen, die Flüchtlinge betreuen, die bereits in Wohnungen untergebracht werden konnten
- ... nach Konzepten für die Zukunft?
AW: Priorität hat die Akquise von Wohnraum. Trotzdem werden für die kurzfristige Unterbringung weiterhin ÜWH erforderlich sein. Gedacht ist hier an Container und Mobilbauten sowie die Umnutzung anderer Flächen wie z. B. Hostels oder auch Büroflächen.
- ... nach der Barrierefreiheit und der Betreuung von Trauma-Patienten?
AW: Es gibt barrierefreie Zimmer in mehreren ÜWH; barrierefreie Wohnungen sind zu teuer
- ... nach dem Mietpreis?
AW: Dieser ist vertraulich

- ... nach der Finanzierung: Durch Bremen oder über Bundesmittel?
AW: Derzeit mit Bremer Mitteln, aber es sollen Bundesmittel eingeworben werden
- ... nach ehrenamtlicher Unterstützung durch die Bevölkerung?
AW: Es ist ein runder Tisch geplant, das Ortsamt und auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) vermitteln Kontakte
- ... nach der Möglichkeit von Enteignungen bei Leerständen?
AW: Enteignungen sind rechtlich hochkompliziert und langwierig und deshalb in Notsituationen ungeeignet.

Der Beirat fordert, dass privates Engagement besser eingebunden und koordiniert werden muss. Er stellt seinen Beschlussvorschlag vor:

- Der Beirat geht davon aus, dass das Sozialressort die Einrichtung nach dem gleichen Personalschlüssel und den gleichen Regeln betreibt wie z.B. an der Eduard-Grunow-Straße.
- Der Beirat bittet die zuständigen Schulen und Kitas, die Sportvereine und Ehrenamtlichen um Unterstützung für die Bewohner/Innen des Hauses.
- Der Beirat betont die Bedeutung der Sprachkurse für eine rasche Integration und hofft, dass für eine Betreuung insgesamt zukünftig mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Ziel muss es sein, den Menschen einen raschen Umzug in eine eigene Wohnung zu ermöglichen. Auch nach dem Umzug sollte es eine Betreuung, z.B. eine Anlaufstelle zur Beratung geben.
- Der Beirat erwartet einen Impuls für den Bremer Wohnungsbau, um mehr Menschen in Wohnungen vermitteln zu können und bittet Vermieter/Innen im Stadtteil, Wohnräume zur Vermietung anzubieten.
- **„Beschluss:**

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Ein Bürger weist darauf hin dass, das Schild für den Meyer-Buer-Weg repariert werden muss. Das Ortsamt wird sich darum kümmern.

PAUSE

TOP 3 Beim Ortsamt ist ein Bürgerantrag zu den geplanten Mobilpünktchen-Standorten in der Charlotten- und der Kohlhöckerstraße eingegangen. Frau Freudenberg fordert die anwesenden AntragstellerInnen auf, Ihren Bürgerantrag vorzustellen und begrüßt die Gäste vom Referat 22 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) Frau Karbaumer und Herrn Glotz-Richter sowie Frau Twachtmann von der Abteilung 3 des Senators für Inneres und Sport.

Frau Buch und Herr Schnapper als VertreterInnen der BürgerInnen, die den Bürgerantrag gestellt haben, beschreiben die schwierige Parksituation in ihrem Viertel. Das Gewerbe am Ostertorsteinweg

und Vor dem Steintor führe dazu, dass der Parksuchverkehr (tagsüber von den Geschäften, abends und in der Nacht von den Gastronomie-Betrieben) den ohnehin schon knappen Parkraum weiter einschränke, so dass nur noch illegales Parken möglich sei. Mobilpünktchen würden zum Wegfall von jeweils mehreren Parkplätzen führen und damit die Situation weiter verschärfen. Die BürgerInnen plädieren für pragmatische Lösungen und stellen die Frage, ob für ihr Viertel möglicherweise Anwohnerparken eine Option wäre.

Herr Glotz-Richter vom Senator für Umwelt Bau und Verkehr stellt in einer Präsentation die Vorteile von Mobilpünktchen dar:

- Car-Sharing entlastet den Parkraum ohne Restriktionen für die individuelle Mobilität.
- Es wird ein Beitrag geleistet, dass enge Straßen für Feuerwehr und Rettungsdienste, Müllabfuhr und Lieferfahrzeuge und auch Geh- und Radwege besser passierbar werden.
- In Bremen haben die Car-Sharing Nutzerinnen und Nutzer bislang dafür gesorgt, dass mehr als 2.000 Autos nicht mehr die Straßen und Gehwege verstopfen
- Mobilpünktchen sind eine Antwort auf das Problem der Rettungssicherheit einerseits und den Parkdruck andererseits

Er stellt die geplanten Standorte im Detail vor:

- Kohlhöckerstraße
 - Ein Poller anstatt „Nase“ mit Fahrradständer
 - Verkürzung der Parkbucht
 - Stele auf der ersten „Nase“
- Charlottenstraße
 - Der Standort dient der Sicherung des Straßenknotens für Rettungssicherheit, die Schleppkurve ist erforderlich
 - Der Cambio-Standort ist nur ‚Abfallprodukt‘ der Sicherung der Rettungswege, daher Reduzierung auf nur 1 Pkw-Stellplatz möglich (möglicherweise Smart-Auto?)
 - ggf. müsste der Baum versetzt werden, um den Standort zu verschlanken

Der Beirat diskutiert mit den BürgerInnen:

- Der Beirat erläutert, dass es auch innerhalb des Beirats unterschiedliche Auffassungen zu Mobilpünktchen gäbe
- Er ist dankbar für den Bürgerantrag, der die Möglichkeit bietet, den bereits gefassten Beiratsbeschluss noch einmal öffentlich zu diskutieren
- Die BürgerInnen erachten Car-Sharing als zu teuer für Dauernutzer und sind gegen eine künstliche Verknappung des Parkraums durch Mobilpünktchen
- Sie sind der Ansicht, dass es genügend Plätze in der Umgebung Charlottenstraße / Kohlhöckerstraße gäbe
- Die offiziellen Zahlen von Cambio werden angezweifelt, eine Verifizierung der Zahlen wird für sinnvoll gehalten

- Es wird die Frage nach der Notwendigkeit von der Kombination von Mobilpünktchen mit Fahrradabstellplätzen gestellt, die zusätzlich raumfordernd seien sowie nach der Erfordernis der Größe der schraffierten Flächen
- Es wird die Frage gestellt, wie die Mobilpünktchen-Standorte ermittelt werden
- Die Vermischung der Themen Rettungssicherheit und Mobilpünktchen-Standort erscheint einigen BürgerInnen und Beiräten problematisch
- Die Nachfrage nach Car-Sharing ist im Viertel hoch, trifft dort aber auf eine sehr hohe Nachfrage nach Parkplätzen
- Der Beirat schlägt vor, den Standort Charlottenstraße zur Disposition zu stellen, ist aber der Ansicht, dass die Maßnahmen zur Steigerung der Rettungssicherheit (Schleppkurven, so genannte „Nasen“ in den Nebenanlagen, Fahrradbügelstandorte, strategische Positionierung von Mobilpünktchen) nicht verhandelbar sind.

Frau Twachtmann vom Senator für Inneres plädiert eindringlich dafür, dass die Rettungssicherheit verbessert werden müsse und erläutert die rechtlichen Zusammenhänge zum Verbot in Straßeneinmündungen zu parken. Sie betont, dass man mit Mobilpünktchen-Standorten zur Sicherung der Straßeneinmündungen gegen Falschparker sehr gute Erfahrungen gemacht habe.

Herr Glotz-Richter berichtet von den Klagen der ENO, die mit ihren Müllfahrzeugen aufgrund der zugeparkten Straßeneinmündungen nicht in die Straßen im Viertel hineinfahren könne. Er weist darauf hin, dass die Zahlen zum Car-Sharing nicht nur von Cambio stammten, sondern dass Gutachter vom Büro für Verkehrssicherheit zu gleichen Ergebnissen kämen. Er hält Fahrradbügel zum Schutz der Mobilpünktchen-Standorte weiterhin für erforderlich. Er gibt zu bedenken, dass 25 – 30 % der abgestellten Fahrzeuge nicht täglich bewegt werden und plädiert für eine intelligente Nutzung von Privat-Pkw. Er erläutert, dass Anwohnerparken für die überlasteten Straßen im Viertel keine Alternative sei.

Es wird weiter diskutiert.

Ein Beiratsmitglied stellt einen Antrag zu Geschäftsordnung:

Es soll über die beiden Standorte erneut, und zwar einzeln, abgestimmt werden.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen

Es wird beantragt, auf den geplanten Mobilpünktchen-Standort Charlottenstraße zu verzichten

Beschluss:

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Es wird weiterhin beantragt, den geplanten Mobilpüktchen-Standort Kohlhöckerstraße zunächst zurückzustellen und erneut zu diskutieren

Beschluss:

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen zu 2 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Sitzung wird um 21:30 Uhr beendet

.StV Vorsitz

Andrea Freudenberg

Sprecher Beirat Mitte

Dr. Michael Rüppel

Protokoll

Manuela Jagemann